



TTIP stoppen!

Geheimes Handelsabkommen bedroht
unsere Demokratie

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

TTIP – Geheimpakt der Konzerne

Seit Monaten verhandeln im Geheimen Technokraten der EU-Kommission und Wirtschaftslobbyisten über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union (EU). Ihr Ziel: Sie wollen einen gemeinsamen Handelsraum schaffen, in dem die für Konzerne besten Bedingungen gelten. Über die Folgen für die Menschen sprechen sie nicht. Aus gutem Grund: Tritt das TTIP in Kraft, werden mühsam erkämpfte Rechte, Standards und Schutzmechanismen über Bord geworfen.

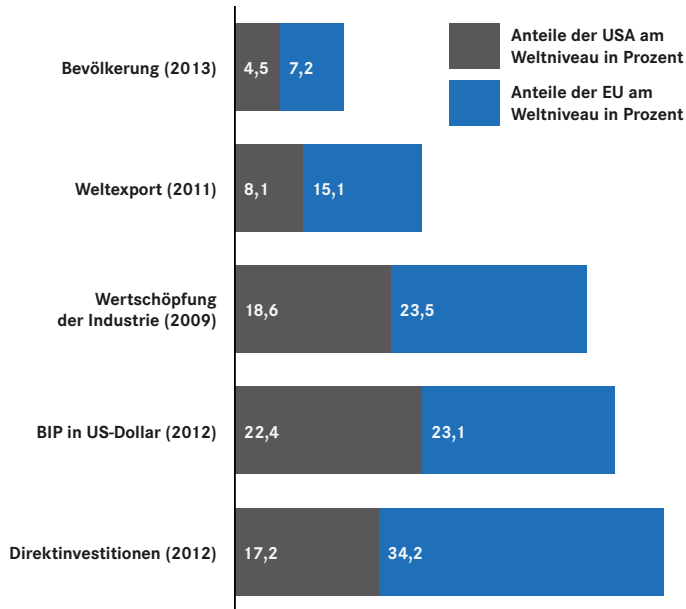
Diese Broschüre zeigt Ihnen all das, worüber die EU-Kommission und die Bundesregierung gern schweigen: Wie TTIP den gerade erst beschlossenen Mindestlohn gefährdet, genmanipulierte Lebensmittel in die Supermärkte bringt und die schon abgelehnte Wasserprivatisierung durch die Hintertür doch noch möglich ist. Wie sich Zocker an den Finanzmärkten dank TTIP weiter freuen und wie Konzerne in Zukunft noch besser Staaten verklagen können.

TTIP verändert, sofern es umgesetzt wird, fast alle Bereiche des Lebens. Vom Krankenhaus in ihrer Kommune bis hin zu den Pflanzen, die in Zukunft auf den Feldern ihrer Umgebung angebaut werden dürfen.

Aber diese Broschüre informiert auch darüber, wie sich auf beiden Seiten des Atlantiks Widerstand gegen TTIP formiert und welche Wege es gibt, diese schlussendlich zu verhindern.

TTIP – Worum geht es

Wirtschaftsblock USA-EU



Die sogenannte »Transatlantic Trade and Investment Partnership« soll 2015 unterzeichnungsreif sein. Es geht dabei TTIP nicht in erster Linie um den Abbau von Zöllen und Mengenbeschränkungen im Handel zwischen der EU und den USA. Worum es geht sind Gesetze, Vorschriften, Standards, Normen, Zulassungs- und Kontrollverfahren sowie Verpackungs- und Informationsvorschriften – alles im Zweifel so genannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Was etwa in den USA erlaubt ist, kann in der EU verboten sein und umgekehrt. Aus Sicht der Unternehmen ist dies ein Ärgernis, kostet nur Zeit und Geld. Die Wunschliste der Unternehmen nach einheitlichen, kostengünstigen und niedrigen Standards ist grenzenlos. TTIP wird damit zentrale Bereiche unseres Lebens, der Arbeit und Produktion neu regeln – ohne dass die Öffentlichkeit oder Politik mitentscheiden kann.

Für uns und viele Kritiker in Deutschland, Europa und den USA ist TTIP ein Anschlag auf mühsam erkämpfte Rechte und Standards. Selbstverständlich wird es auch danach noch Gesetze und Regeln geben. Aber sie werden mit dem Abkommen an die Interessen der Unternehmen angepasst. Schließlich soll TTIP weit in die Zukunft greifen: Bei allen künftigen Gesetzesvorhaben soll geprüft werden, ob sie Handel und Investitionen behindern. So entmachtet sich Politik selbst. Wir werden den Widerstand gegen TTIP in den Parlamenten und auf der Straße vertreten, uns dazu weiter vernetzen und austauschen.

TTIP gemeinsam versenken!

Immer mehr Menschen haben es satt, ständig von Politik und Wirtschaftsvertretern hinters Licht geführt zu werden. Versprochen wird – wie so oft – mehr Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Doch am Ende gibt es einige Gewinner und viele Verlierer. Es ist ein Schlag ins Gesicht aller aufgeklärten Menschen, geheim über ein Abkommen zu verhandeln, das fast alle Lebensbereiche betrifft.

Deshalb protestieren und engagieren sich in Europa und auch den USA immer mehr Menschen gegen TTIP. In Deutschland gibt es das Bündnis »TTIP unfairhandelbar«, in dem sich u.a. Gewerkschafter, Globalisierungskritiker, Umweltverbände und Verbraucherschützer abstimmen.

Campact hat im Internet mehr als 400.000 Unterschriften gegen TTIP gesammelt. In den Medien wird die Kritik lauter und in den Parlamenten geraten die Befürworter des Abkommens stärker unter Rechtfertigungsdruck.

Bisher lassen sich die Verhandlungsführer davon nicht beirren. Klar ist aber: Wächst der Widerstand auf der Straße und in den Parlamenten, lässt sich das Freihandelsabkommen nur schwer durchsetzen. Es gibt die Chance: TTIP kann scheitern! Im Europäischen Parlament und im Bundestag.

***DIE LINKE will TTIP stoppen!
Hierzu organisiert DIE LINKE
zahlreiche Veranstaltungen,
vernetzt sich mit der außerparlamentarischen Bewegung, um
gemeinsam erfolgreich zu sein.***

Bundestagsabgeordnete der LINKEN demonstrieren vor dem Reichstag gegen TTIP am 12. März 2014.





Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

VS - VERTRAU
amtlich geheimgehal

UNTER
Tgb.

06 / 1

ihne Anlagen offen

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie • 11018 Berlin

Geheimschutzstelle des Deutschen
Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wu Klety
- Abente
d. Rebele zK.
dA
ni 4.3.

Zu:

Landtag des Bundesstages - VS - Registratur -	
M:00	
[4. März 2014	
Tgb. Nr.	ZR 465-78-
	06/14
	09
Anlg.	01 = VI-Vertr. +
	02 = VI-NFO

Verhandlungen im Geheimen

TREFF Bericht der Bundesregierung zur Klage Vattenfalls
die Mitglieder des Umweltschutz- und Haus

HIER Bitte um Auslage in der Geheimschutzstelle des D

ANLAGE -1-

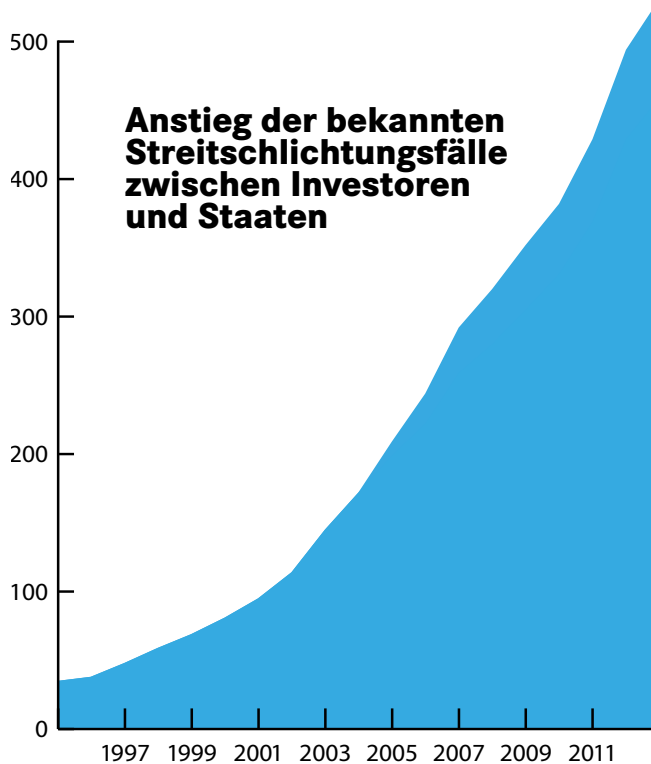
Wie immer, wenn es ums Geld und Marktanteile geht, haben Unternehmensvertreter und deren Lobbyverbände exklusiven Zugang und genießen eine Art Sonderstatus. So ist es auch bei den TTIP-Verhandlungen. Sie können Verhandlungsdokumente einsehen und ihre Wünsche bei jeder Gelegenheit einbringen.

Diesen Status genießen die Öffentlichkeit und die Parlamente nicht. Mitentscheiden? Fehlanzeige!
»Diese Verhandlungen werden natürlich im Geheimen geführt«, sagte EU-Handelskommissar De Gucht vor dem Europäischen Parlament. Doch nicht nur das: Die USA haben der EU sogar verboten, US-Verhandlungspapiere an die EU-Mitgliedsstaaten zu geben. Gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag wissen also nicht im Detail, was und worüber überhaupt verhandelt wird. Sie erhalten nur gefilterte und als vertraulich eingestufte Informationen. Das wenige, was sie wissen, dürfen sie den Menschen nicht mitteilen, weil sie sich sonst strafbar machen.

*DIE LINKE will wirkliche
Transparenz, demokrati-
sche Mitbestimmung und
Entscheidungsgewalt, keine
Fassadendemokratie!*

Die Volksvertreter sind nicht mehr als Zaungäste und sollen am Ende den Vertrag brav abnicken. So verstößt die EU-Kommission jeden Tag gegen zentrale Prinzipien der Demokratie. Bundesregierung und EU-Kommission sehen darin kein Problem. Sie sind voll des Eigenlobs und ihre Devise lautet: Habt Vertrauen! Wir werden das richtig verhandeln. Wer aber geheim mauschelt und das Licht der Öffentlichkeit scheut, verdient kein Vertrauen!

Konzerne klagen gegen demokratische Entscheidungen



TTIP soll Konzernen in Zukunft die Möglichkeit geben, noch besser als bisher ihre Gewinne und Interessen gegen Staaten und demokratische Entscheidungen durchzusetzen. Der Schlüssel dafür kann eine Investitionsschutzklausel sein.

Folgendes Beispiel hilft, um das Problem zu verstehen: Derzeit verklagt der schwedische Konzern Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland wegen des beschlossenen Atomausstiegs auf grund 3,7 Milliarden

Euro »Schadensersatz«. Klagen kann der Konzern, weil es zwischen Schweden und Deutschland ein Handelsabkommen mit einer Investitionsschutzklausel gibt.

Solche Klagen werden aber nicht vor ordentlichen Gerichten verhandelt, sondern in Schiedsverfahren. D.h. drei Anwälte tagen geheim und einigen sich. Es gibt keine unabhängigen Geschworenen, Experten oder unterschiedliche Instanzen. Durch TTIP könnten nun 75.000 Unternehmen, die sowohl einen Sitz in den USA und in Europa haben, ähnlich wie Vattenfall im Streitfall Schiedsverfahren anrufen.

Für die Unternehmen sind solche Schiedsverfahren ein Glücksfall. Von den bisher weltweit etwa 500 derart verhandelten Klagen haben nur in 30 Prozent der Fälle die Staaten klar gewonnen.

DIE LINKE will weitreichende Arbeitsrechte, sichere Arbeitsplätze und gute Löhne! Kein Sozial- und Lohndumping, keine Sonderrechte für Unternehmen und kein Recht auf Profit!

TTIP – Schädlich für Mensch und Umwelt



In den USA, in denen Fracking erlaubt ist, kommt neben Leitungswasser auch entzündliches Methan aus dem Wasserhahn.

Umweltschutz ist in der EU nicht immer Spitze. Doch immerhin gibt es noch das »Vorsorgeprinzip«. So muss ein Chemie-Unternehmen in der EU erst die Unschädlichkeit neuer Substanzen, wie Chlor-Verbindungen oder Dioxine belegen, bevor sie zugelassen werden. In den USA muss dagegen die schädliche Wirkung eines Stoffes erst nachgewiesen werden, um ihn vom Markt nehmen zu können. Genau dagegen wehren sich in den USA seit Jahren viele Bürger und wollen das »Vorsorgeprinzip« auch bei sich einführen. Mit TTIP würde dies in den USA verhindert und bei uns das »Vorsorgeprinzip« einfach abgeschafft. Im Verhandlungsdeutsch nennt sich das harmlos: Standards werden angeglichen oder für gleichwertig erklärt, womit höhere Standards stets unterlaufen werden können.

DIE LINKE verteidigt das »Vorsorgeprinzip« und setzt sich für einen besseren Umwelt- und Naturschutz ein!

Anderes Beispiel: die giftige Gasförderungsmethode »Fracking« boomt derzeit in den USA. In vielen europäischen Ländern ist das Verfahren verboten. Deswegen ist den US-Energieunternehmen der Export von Fracking-Gas nach Europa untersagt. Das bleibt aber nur so, solange das Freihandelsabkommen nicht beschlossen ist. Mit der TTIP könnte die EU mit Fracking-Gas geflutet werden, womit der Absatz und der Profit der US-Konzerne kurzfristig sicher wären. TTIP würde es US-Unternehmen sogar ermöglichen, gegen das Fracking-Verbot in der EU zu klagen.

**Verbraucherschutz
nicht preisgeben**



Die Verbraucher wollen wissen: Was ist drin in der Wurst, im Käse und im Brot? Wo und wie werden die Hähnchen und die Schweineschnitzel produziert? Auch wenn es in der EU immer wieder Lebensmittelskandale gibt: Es gelten strengere Vorschriften und Deklarationspflichten als in den USA – etwa für gentechnisch veränderte Stoffe in Futtermitteln und für Zusatzstoffe in Lebensmitteln. Gütesiegel und Zertifikate sollen helfen und regeln, was auf den Tisch kommen darf. Doch dank TTIP kann damit bald Schluss sein. Einen Vorgeschmack gab die EU im Februar, als sie erstmals den Anbau des Gentech-Mais 1507 erlaubte. Experten sind sich sicher: So wurde die Tür für den Import anderer umstrittener Produkte aus den USA ein Stück geöffnet.

Auf niedrigere Lebensmittelstandards durch TTIP hoffen auch europäische Konzerne. Sie wollen uns wie

***DIE LINKE will hohe
Qualitätsstandards und
eine effektive Kontrolle!***

ihre US-amerikanische Konkurrenz künftig mit Chlor desinfizierte Hähnchen und mit Wachstumshormonen erzeugtes Rindfleisch auftischen. Setzen sich die Agrar- und Lebensmittelkonzerne in der TTIP durch, könnte sogar die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Produkte fallen.

Damit nicht genug: Jede künftige Verschärfung von Grenzwerten für Zusatzstoffe in Lebensmitteln oder Schadstoffemissionen aufgrund neuer Erkenntnisse soll dann auf ihre Vereinbarkeit mit dem Freihandelsabkommen abgeklöpft werden.



Staatliche Regulierung statt Finanzmarktliberalisierung

Über Finanzdienstleistungen wird bei den TTIP-Verhandlungen gesprochen, aber eben nicht in voller Offenheit. Klar ist nur, dass die europäische und US-amerikanische Finanzlobby mächtig Druck macht. Mit Erfolg. Denn seit November 2013 wird offiziell über Finanzmarktaspekte verhandelt. Der Druck der Finanzlobby hat sich gelohnt und ist verständlich: Bis heute lässt sich mit unsinnigen aber gefährlichen Finanzprodukten beiderseits des Atlantiks viel Geld machen. Nach Abschluss der TTIP soll das noch einfacher werden.

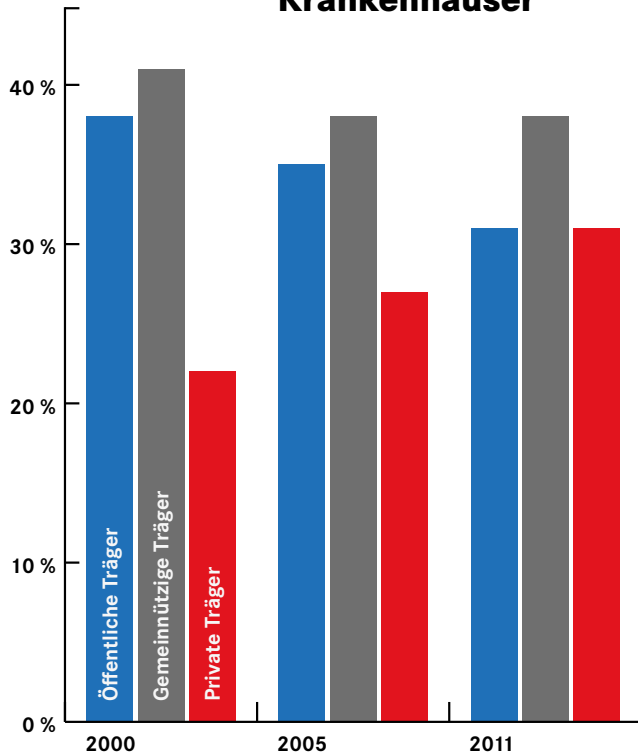
DIE LINKE will eine strikte Regulierung der Finanzbranche, einen Finanz-TUV und einen starken finanziellen Verbraucherschutz, keine weitere Liberalisierung!

Gegen den gesunden Menschenverstand, besseren Wissens und offizieller Ankündigungen strebt also die EU-Kommission weitere Liberalisierungen im Finanzbereich an. Denn seit der Finanzkrise im Jahr 2008 haben die USA strengere Regulierungen des Finanzmarktes als im europäischen Finanzraum, damit Banken nicht zu groß und mächtig werden und am Ende auch noch vom Steuerzahler »gerettet« werden müssen.

Das heißt im Klartext: Das Mutterland der Deregulierung und Marktliberalisierung – die USA – haben festgestellt: Wenn sie eine Finanzkrise wie 2008 verhindern wollen, dann müssen sie die Finanzwirtschaft regulieren! Die EU-Kommission mit ihren Lobbyisten und Unternehmensberatern, sieht das anders, fordert in der TTIP einen deregulierten Markt und will so auch die bessere Regulierung des Finanzmarktes in den USA aushebeln.

Gesundheit als Ware

Betreiber deutscher Krankenhäuser



Schon heute herrscht ein großer Konkurrenzkampf zwischen privaten und öffentlichen Krankenträgern in Europa. Das Ziel der privaten Betreiber: möglichst hohe Gewinne. Darunter leiden jetzt schon Personal und Patienten. Nun soll der Wettbewerb mit der TTIP noch verschärft und privaten US-amerikanischen Gesundheitsdienstleistern der Weg geebnet werden. Der heute schon hohe Druck auf Löhne, Arbeits- und Umweltbedingungen wird steigen und die Qualität im Gesundheitssektor sinken. Denn hohe Qualität und Standards führen aus Sicht der Unternehmen oft nur zu unerwünschten Kosten und schmälern den Gewinn.

DIE LINKE will keine steigenden Preise für Arzneimittel und Medizinprodukte aufgrund der Marktmacht der Konzerne, schlechtere Qualität und Kostensteigerung im Gesundheitssystem!

Jede weitere Öffnung der öffentlichen Dienstleistungen für private Anbieter wird letztlich auch jede politisch gezielte Unterstützung lokaler Wirtschaftszweige verhindern, worunter u.a. auch Gesundheitsdienstleistungen fallen. Viele gemeinnützige oder öffentliche Träger (Krankenhaus, Pflegeheime, Sozialstationen) geraten so unter massiven Druck.

Verändert werden sollen auch die Regeln zur Zulassung von Medikamenten und Medizintechnik und zum geistigen Eigentum. Hierzu zählen u.a. Patentrechte, womit sich die Pharmariesen ihre hohen Monopolpreise für ihre Medikamente sichern. Im Gegenzug wird der Marktzugang für billigere, wirkstoffgleiche Kopien (Generika) erschwert. Ähnlich soll der Patentschutz auf chirurgische Methoden, Behandlungsstandards und -prozeduren ausgeweitet werden.



Öffentliches Beschaffungswesen und öffentliche Auftragsvergabe

Vom Bleistift bis zur Theaterbestuhlung umfassen die Ausgaben im öffentlichen Beschaffungswesen von Bund, Land und Kommunen rund 400 Milliarden Euro im Jahr.

Über TTIP soll der Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen auf allen drei Verwaltungsebenen – national, regional und lokal – wie es schön heißt – »verbessert« werden. Öffentliche Stellen geben in der EU pro Jahr rund zwei Billionen Euro aus. Vom Bleistift über die Bürosoftware bis hin zum S-Bahn Zug. Allein in Deutschland liegt das Volumen der öffentlichen Beschaffung bei rund 400 Milliarden. Euro im Jahr. Hinzu kommen rund 80 Milliarden Euro an öffentlichen Bauaufträgen.

Nun gelten für die öffentliche Beschaffung und Auftragsvergabe aber Gesetze und Vorschriften. Will zum Beispiel die Stadt Köln ihr Schauspielhaus

DIE LINKE will eine öffentliche Auftragsvergabe und ein Beschaffungswesen, die wirtschaftlich effektiv, sozial und nachhaltig sind!

neu bestuhlen, greift das Tarifreue- und Vergabegesetz NRW. Neben dem Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung müssen auch politisch gesetzte Ziele zur Sozialverträglichkeit, zum Umweltschutz und zur Energieeffizienz eingehalten werden. In den meisten Bundesländern und der EU gibt es ähnliche Richtlinien und Vergabegesetze, womit konkret Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik umgesetzt werden.

In Zukunft aber – so sieht es TTIP vor – sollen Aufträge der öffentlichen Hand transatlantisch ausgeschrieben und der Beschaffungsmarkt geöffnet werden. Wer davon profitiert, ist klar: Europäische und US-amerikanische Konzerne. Der Handwerker vor Ort, die kleinen und mittleren Unternehmen der Region und ihre Angestellten werden in die Röhre gucken.

Angriff auf Arbeitnehmerrechte und Löhne

Mindestlohn gerade jetzt!

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn,
2 Millionen neue Arbeitsplätze und
gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit.
Für Frau und Mann, in Ost und West.
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Sinn einer Freihandelszone ist es, die Freiheit des Kapitals und der Unternehmen auszubauen. Durch TTIP wird so der Standortwettbewerb insgesamt angeheizt und auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen. Arbeitsrechte und Löhne geraten unter Druck, was von den Unternehmensvertretern und Lobbyisten auch gewollt ist. Im Umkehrschluss nimmt die soziale Spaltung zu. »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit«, heißt diese Zauberformel.

Konkret wird bei uns und in den USA aber nur die Bereitschaft der Politik, der Gewerkschaften und Beschäftigten steigen, noch mehr Standards abzubauen und auf Lohn

DIE LINKE will weitreichende Arbeitsrechte, sichere Arbeitsplätze und gute Löhne, kein Sozial- und Lohndumping!

zu verzichten, um Investitionen anzuziehen und Arbeitsplätze zu halten. Eine Agenda 2020 lässt grüßen. So wie bisher werden auch mit der TTIP nur die Gewinne vieler Unternehmen steigen. Ebenso sicher wird sich die soziale Abwärtsspirale schneller drehen, Investitionen ausbleiben und Arbeitsplätze vernichtet.

Damit nicht genug. Den europäischen wie US-amerikanischen Konzernen soll erlaubt werden, ein Schiedsverfahren anrufen zu können. Damit können am Ende auch indirekt Mindestlöhne zu Fall gebracht oder Verbesserungen im Befristungsrecht, in der Regulierung von Leiharbeit und bei Werkverträgen ausgehebelt oder dringend notwendige Verbesserungen verhindert werden.



Wasserprivatisierung auf ein Neues

In vielen Bereichen wird TTIP bis in die Kommunen hinein wirken und bisher Etabliertes auf den Kopf stellen.

Beispiel Trinkwasserversorgung: Sie ist bei uns zum größten Teil kommunal organisiert. Die Erfahrung zeigt: Wird die Wasserversorgung privaten Unternehmen überlassen, sinkt die Trinkwasserqualität und die Preise steigen. Über 1,8 Millionen Menschen haben deshalb im Jahr 2013 eine EU-weite Petition gegen die Privatisierung der Wasserversorgung unterstützt. In letzter Minute wurde so der Privatisierungswunsch der EU-Kommission gestoppt und die kommunale Trinkwasserversorgung vorerst gesichert.

Dies wäre nach Inkrafttreten der TTIP kaum zu halten. Der Trinkwassersektor müsste privaten Unternehmen durch veränderte Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe geöffnet werden. Gesetze

DIE LINKE setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe mit kommunalen Unternehmen, die ihre Leistungen mit hoher Qualität und vernünftigen Preisen anbieten!

und Verordnungen zur öffentlichen Wasserversorgung würden schlicht unwirksam. Wie in vielen anderen kommunalen Bereichen (u.a. Müllentsorgung, Kindergärten, Pflegeeinrichtungen) würde die Privatisierung der Wasserversorgung mit der TTIP nach oben auf die politische Agenda rücken. Dann kann man in Berlin und Brüssel auf den Freihandelsvertrag mit den USA verweisen und den kommunalen Ausverkauf als alternativlos präsentieren.



Kultur ist mehr als eine Ware

Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen gefährdet die kulturelle Vielfalt in Europa. Kultur wird in der Europäischen Union in unterschiedlichen Formen gefördert, so z.B. durch Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen wie Theater, Museen, Bibliotheken, durch die Förderung von Filmproduktionen, durch die Buchpreisbindung und den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter, die auch kleinen Verlagen und Buchhandlungen ein Überleben ermöglichen. Die Sonderstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland gehört ebenso dazu. Diese Förderung gibt es, weil Kultur eine öffentliche Aufgabe und nicht nur reine Handelsware ist.

DIE LINKE will die kulturelle Vielfalt und den kostengünstigen Zugang zu Kulturgütern erhalten und keinen sozialen Ausschluss und kommerziellen Einheitsbrei!

In den USA funktioniert Kulturförderung ganz anders. Sie ist mehrheitlich privatwirtschaftlich organisiert. Durch TTIP kann die Kulturförderung in Europa insgesamt in Frage gestellt werden. Kritiker warnen: US-Produktionsfirmen könnten gegen die Sonderbehandlung des Kultursektors in der EU klagen oder für sich die ohnehin geringen Mittel ebenfalls einfordern. Um dieser Gefahr zu begegnen, setzen wir uns dafür ein, dass über Kultur und Medien nicht in Freihandelsabkommen verhandelt wird. Das TTIP-Verhandlungsmandat sieht aber nicht einmal eine »kulturelle Ausnahme« vor. Nur die audiovisuellen Dienste, also Film, Fernsehen, Video, sind bisher ausgenommen. Die USA aber haben ein starkes Interesse, auch diese Dienste zu liberalisieren.



Geistiges Eigentum und
Datenschutz

Das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA; Anti-Counterfeiting Trade Agreement) durch die Hintertür wird es mit TTIP nicht geben, behauptet die EU-Kommission. Im Verhandlungsmandat sind aber die Rechte am geistigen Eigentum und das Urheberrecht längst enthalten. Die Unterhaltungsbranche steht in den Startlöchern und fordert, endlich strikt gegen Urheberrechtsverletzungen vorzugehen. Die Internetprovider sollen zu Hilfssheriffs der Überwachung unserer digitalen Kommunikation werden.

*DIE LINKE will keine flächen-
deckende Schnüffelei von
Geheimdiensten,
kommerzielles Sammeln
und den totalen Ausverkauf
aller persönlichen Daten!*

Einfach ausgedrückt:

Konzerne sollen einfacheren und besseren Zugang zu unseren Daten haben. Die hohen europäischen Datenschutzstandards und der Schutz der Privatsphäre könnten mit der TTIP als Handelshemmnis gelten. Dann wird aus kommerziellen Gründen der Datenschutz einfach abgeräumt.

TTIP sichert eben nicht die Meinungs-, Informations- und Handlungsfreiheit im Internet. Genau so wenig wird es ein Urheberrecht geben, das die Kultur des Teilens fördert und dafür sorgt, dass kreative Menschen für ihre Arbeit anständig vergütet werden. Dem stehen schon die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen entgegen, die nach dem Scheitern von ACTA in 2012 über TTIP neu Anlauf nehmen, ihre Wünsche endlich durchzusetzen.

TTIP und der globale Süden



Eine Freihandelszone zwischen der EU und den USA wird erhebliche Folgen für Schwellen- und Entwicklungsländer haben. Handelsströme werden sich verlagern. Viele dieser Länder werden Marktanteile verlieren. Diejenigen, die auf den neuen transatlantischen Markt wollen, werden dem Anpassungsdruck zum Opfer fallen.

Seit Jahren verhandeln etwa die afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) mit der EU über eigene Freihandelsabkommen. Bisher wehrten sie sich erfolgreich gegen harte Forderungen der

EU, ihre Märkte vollends zu öffnen. Nach Abschluss der TTIP werden die Karten neu gemischt. Viele AKP-Staaten können dann nur

DIE LINKE will Waffenexporte verbieten, Kriege beenden und die Entwicklung der Länder des globalen Südens fair und gerecht ermöglichen!

zwischen Pest und Cholera wählen: Entweder sie nehmen erhebliche Einbußen durch die transatlantische Handelszone in Kauf, oder versuchen durch TTIP-ähnliche Abkommen im Spiel zu bleiben. Der Verdrängungswettbewerb im globalen Süden wird intensiver, der Privatisierungsdruck größer und die Handlungsspielräume für die Regierungen kleiner.

Europäische und US-amerikanische Konzerne begrüßen diese neue neoliberale Offensive. Für die Bevölkerung im globalen Süden heißt das: Lebenswichtige Güter (Wasser, Energie, Nahrungsmittel) werden teurer und die Versorgung breiter Bevölkerungsgruppen unsicherer. Mit der TTIP rückt eine gerechte Weltwirtschaftsordnung noch weiter in die Ferne.

Zum Weiterlesen

Bundestagsdrucksachen:

18/Mai 2014

Die Verhandlungen zum EU-USA Freihandelsabkommen (TTIP) stoppen

18/432

Soziale, ökologische, ökonomische und politische Effekte des EU-USA Freihandelsabkommens

18/351

Verhandlungen zum EU-USA Freihandelsabkommen

17/14734

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU TTIP/TAFTA und seine Auswirkungen

17/13894

Keine weitere Liberalisierung über ein EU-Freihandelsabkommen mit den USA

Ausführliches unter:

www.linksfraktion.de/ttip-stoppen

Noch Fragen?

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

MdB Thomas Nord,
Sprecher internationale Wirtschaftspolitik

MdB Klaus Ernst,
*Leiter Arbeitskreis
Wirtschaft, Arbeit und Finanzen*

MdB Wolfgang Gehrcke,
Arbeitskreis Aussenpolitik und Internationale Beziehungen

Telefon: 030/22751170

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

Studie der Rosa Luxemburg Stiftung:

John Hillary,
The Transatlantic Trade and Investment Partnership
<http://bit.ly/ifrF8KP>

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch

Redaktion: Dr. Christian Christen, Timo Kühn

Fotos: iStockphotos.com/Seite 10: Screenshot: Gasland

Layout: Fraktionservice

Druck: Mediaservice GmbH

Stand: April 2014

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de